



Weiterbildung ist eine öffentliche Aufgabe!

Die strategische Bedeutung von Weiterbildungs- und Bildungszeitgesetz in Bremen

Gesetzliche Fundamente für die Weiterbildung von heute

Als bundesweiter Pionier verankerte das Land Bremen bereits Mitte der 1970er Jahre die Weiterbildung als dritten gleichberechtigten Pfeiler des Bildungswesens im Gesetz. Mit der bewussten Verzahnung zweier Regelwerke entstand ein Modell mit Signalwirkung über die Landesgrenzen hinaus.

- Das Weiterbildungsgesetz (WBG) definiert Weiterbildung als eigenständigen Teil des Bildungswesens. Es gewährleistet unter anderem durch die staatliche Anerkennung von Einrichtungen Qualität, Pluralität und Verlässlichkeit des Angebots, das von Grundbildung über politische Bildung bis hin zur beruflichen Qualifizierung reicht.
- Das Bildungszeitgesetz (BremBZG) sichert den individuellen Zugang zu dieser Infrastruktur durch einen verbindlichen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung für Bildungszeit. Dadurch wird Weiterbildung zu einer realistischen Option für Beschäftigte, unabhängig von betrieblichen Einzelentscheidungen. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme im Land Bremen unterstreicht die Wirksamkeit dieses Instruments.

Die bewusste Ausgestaltung des WBG und BremBZG als Gesetze, und nicht nur als Verordnungen, dient ihrer dauerhaften und verbindlichen Absicherung und hat sich über Jahrzehnte bewährt. Gerade in sich wandelnden politischen Konstellationen gewährleisten gesetzliche Regelungen ein höheres Maß an Stabilität, demokratischer Legitimation und Schutz vor kurzfristigen politischen Eingriffen. Umso deutlicher treten gegenwärtig Entwicklungen zutage, die ihre Stabilität und politische Rückendeckung infrage stellen:

In den vergangenen Jahren war die Weiterbildungsförderung nach Bremischen Weiterbildungsgesetz wiederholt von Kürzungsdebatten betroffen. Auch wenn Einschnitte für 2024 und 2026 kurzfristig abgewendet werden konnten, besteht seit langem eine strukturelle Unterfinanzierung. Vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen, entsteht so der Eindruck, dass die Bedeutung der Weiterbildung relativiert wird.

Darüber hinaus wurde zuletzt auch das Bildungszeitgesetz selbst in Frage gestellt: Im Haushaltssanierungskonzept der Stadt Bremerhaven, das im Oktober 2025 vorgelegt wurde, wurde z.B. die Abschaffung des gesetzlichen Anspruchs auf Bildungszeit vorgeschlagen. Dieser Vorstoß steht nicht isoliert, sondern fügt sich in bundesweite Debatten ein, in denen arbeitsrechtliche Standards zunehmend unter Druck geraten.

Mehr als Qualifizierung – Weiterbildung als Zukunftsinvestition

In Zeiten tiefgreifender technologischer, ökologischer und demografischer Veränderungen ist lebensbegleitendes Lernen keine ergänzende Option, sondern eine strategische Notwendigkeit. Digitalisierung und Strukturwandel verändern Qualifikationsanforderungen grundlegend. Weiterbildung ist daher eine zentrale Investition in die Zukunftsfähigkeit von

Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie, insbesondere für den Wirtschaftsstandort Bremen.

Ihr Wert geht deutlich über die individuelle Beschäftigungsfähigkeit hinaus. Weiterbildung stärkt Innovations- und Anpassungsfähigkeit und ermöglicht eine sozial ausgewogene Gestaltung von Transformation. Zugleich besitzt sie eine demokratische Dimension: Allgemeine und politische Bildungsangebote fördern Orientierungs- und Urteilsfähigkeit. Sie stabilisieren demokratische Prozesse und stärken zivilgesellschaftliche Strukturen. Bürgerschaftliches Engagement erweitert die Angebotspluralität und fördert gesellschaftliche Mitverantwortung.

Eine leistungsfähige Weiterbildungslandschaft leistet darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Sie richtet sich nicht allein an bereits Hochqualifizierte, sondern eröffnet gezielt Zugänge für Menschen, deren Bildungswege nicht geradlinig verlaufen sind oder die bislang geringere Teilhabechancen hatten. Niedrigschwellige und passgenaue Angebote stabilisieren Bildungsbiografien und erweitern berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Die gesetzlichen Regelungen schaffen hierfür einen verlässlichen Rahmen, der strukturelle Barrieren reduziert und individuelle Initiative absichert. Sie fördern damit soziale Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe.

Aktuelle Herausforderungen

Trotz der über 50-jährigen Erfolgsgeschichte steht die Weiterbildung in Bremen vor strukturellen Herausforderungen:

- **Finanzielle Rahmenbedingungen:** Die Personalkostenzuschüsse für anerkannte Einrichtungen nach dem WBG wurden seit 1997 nicht angepasst. Wiederkehrende Kürzungsdebatten belasten die wirtschaftliche Stabilität der Träger, erschweren die Gewinnung qualifizierter Lehrkräfte und beeinträchtigen langfristig Angebotsvielfalt und Leistungsfähigkeit. Kosten werden zunehmend auf Teilnehmende verlagert.
- **Informationsdefizite:** Studien zufolge kennt ein erheblicher Teil der Beschäftigten (bis zu 44 Prozent) den gesetzlichen Anspruch auf Bildungszeit nicht. Besonders Menschen mit geringerer formaler Qualifikation sind seltener über ihre Rechte informiert. Fehlende Information verstärkt bestehende Zugangshürden und trägt zur Manifestierung sozialer Ungleichheiten bei.
- **Umsetzungsbarrieren:** Zeitmangel und hohe Kurskosten zählen zu den häufigsten Gründen für Nicht-Teilnahme von Weiterbildung insgesamt. Gleichzeitig wird die Inanspruchnahme von Bildungszeit gesellschaftlich, politisch und betrieblich nicht ausreichend unterstützt. Eine schwach ausgeprägte Weiterbildungskultur untergräbt damit die Wirksamkeit bestehender Rechtsansprüche.

Handlungsbedarfe

Um die Errungenschaften der vergangenen fünf Jahrzehnte zu sichern und Weiterbildung als integralen Bestandteil lebenslangen Lernens dauerhaft zu verankern, bedarf es

- einer verlässlichen und dynamisierten Finanzierung der institutionellen Förderung,
- eines klaren politischen Bekenntnisses zu den gesetzlichen Grundlagen,
- einer Stärkung der öffentlichen Kommunikation über bestehende Rechtsansprüche,
- sowie einer aktiven Förderung einer positiven Weiterbildungskultur in Betrieben und Verwaltung.

Nur wenn Weiterbildung dauerhaft als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge anerkannt und entsprechend ausgestaltet wird, können Transformationsprozesse sozial ausgewogen, wirtschaftlich erfolgreich und demokratisch stabil gestaltet werden.